

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 22 – Eine starke Industrie für Schleswig-Holstein, vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Beschäftigung schaffen

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Joschka Knuth:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 063.20 / 20.02.2020

Die Energiewende braucht unternehmerische Lösungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Schleswig-Holstein ist ein Industrie-Standort und das begrüße ich ausdrücklich. Und: Schleswig-Holstein wird in der Zukunft als Industrie-Standort noch an Bedeutung gewinnen. Ich denke, es liegt auf der Hand, warum das zu begrüßen ist. Die Industrie-Unternehmen schaffen eine enorme Wertschöpfung, sie bringen wichtige Steuereinnahmen ins Land und sie bieten gute Arbeitsplätze.

Einige weitere Vorteile sind nicht ganz so offensichtlich, für uns aber nicht minder relevant: Solange wir Industrieunternehmen hier im Land haben, können wir auch hier vor Ort beweisen, wie wir mit der Wirtschaft, wie wir mit der Industrie die großen Herausforderungen der Zukunft angehen. Das heißt, wir können hier im Land zeigen, wie wir die Energiewende auch in die Industrie tragen, um das Klima zu schützen, wir können hier zeigen, wie die digitale Transformation erfolgreich umgesetzt werden kann, wir können hier im Land zeigen, wie auch in Zukunft gute Arbeitsplätze im Land entstehen. Und ich möchte auch ganz klar sagen: wir brauchen unternehmerische Lösungen, wir brauchen die großen Unternehmen, um die Energiewende wirklich Realität werden zu lassen, um die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie in die Wirklichkeit zu übersetzen.

Aus guten Gründen sind die ersten schleswig-holsteinischen Industrie-Unternehmen schon auf der Suche nach Möglichkeiten, ihre Geschäftsmodelle und Produktionsprozesse zu dekarbonisieren. Raus aus den Fossilen, rein in die Erneuerbaren ist die Devise für die Zukunft. Und wir in Schleswig-Holstein können die notwendigen Kapazitäten bieten, damit beispielsweise perspektivisch die industrielle Produktion von Wasserstoff auch wirklich ausschließlich aus erneuerbaren Energien erfolgt. Voraussetzung dafür ist aber auch, dass wir beim Ausbau der Erneuerbaren weiter vorankommen.

Hier in Schleswig-Holstein haben wir die variablen Lasten, die eine Umstellung auf Erneuerbare Energien selbstverständlich mit sich bringen, mit denen große Industrie-

Unternehmen schon heute erproben können, wie sie ihre Produktionsprozesse so steuern können, dass sie dann produzieren, wenn viel Strom im Netz ist. Beispielsweise im Projekt NEW 4.0. Das ist nicht nur für das Klima gut, das kann auch gut sein für die Unternehmen, die dann künftig günstigeren Strom verwenden können. Und damit beweisen die Unternehmen auch heute schon, dass Digitalisierung und Energiewende Hand in Hand gehen müssen. Denn eine Steuerung der Systeme im Sinne einer effizienten Nutzung vorhandener Lasten ist nur möglich, wenn smarte Systeme zum Einsatz kommen. Auch die werden hier in Schleswig-Holstein entwickelt und erprobt.

Damit wird die Energiewende gleich mehrfach zum Vorteil für den Industrie-Standort Schleswig-Holstein. Wir sichern die Zukunft des Industrie-Standortes. Wir schaffen gute Arbeitsplätze. Wir bringen die Energiewende voran. Wir zeigen, wie die Digitalisierung in verschiedenen Sektoren konkret funktionieren kann. Und damit wandelt sich auch das Bild, das wir von Industrie haben. Wir reden eben nicht mehr über rauchende Schloten. Wir reden über hoch-technologische, hoch-effiziente und erneuerbar betriebene Industrien.

Ich möchte aber auch noch einmal deutlich sagen: um unserem selbst gesteckten Ziel von mehr Industriestandorten und gleichzeitig dem allgemeingültigen, verpflichtenden Flächensparziel zu genügen, ist es unumgänglich, ein umsichtiges Flächenmanagement mit Wiederaufnahme von Industriebrachen und Umwidmungen von nicht mehr benötigten Werkhallen interkommunal zu etablieren. Es ist auch deshalb gut, wenn industrielle Produktion hier stattfindet, weil wir dann wissen, dass Unternehmen sich an Arbeitsschutzstandards, an Mindestlöhne und Tarifverträge halten. Dann entstehen gute Jobs und keine prekären Arbeitsverhältnisse an anderen Orten dieser Erde.

Selbstverständlich haben wir noch ein gutes Stück des Weges zu gehen. Aber das industriepolitische Papier der Landesregierung legt die Grundlage dafür, dass der Weg einer ist, der dazu beiträgt, die Klimaziele der Landesregierung, die sich aus dem Paris-Abkommen ableiten, zu erreichen. Und dass dies ein Weg ist, Wirtschaftskraft und gute Arbeitsplätze im Land zu halten. Das breite Bündnis, das dieses Papier trägt, unterstreicht das noch. Das begrüßen wir ausdrücklich.
